



Bericht aus der SP Fraktion zur Kantonsratssitzung vom 26. Mai 2011

Änderung Steuergesetz – Paket IV

Die SP-Fraktion bedauert die fehlende Gesamtbetrachtung im Rahmen dieser Vorlage und unterstützt die Ausführungen im Bericht der Kommissionsminderheit. Die vorliegende Revision des Steuergesetzes beinhaltet eine Schlechterstellung natürlicher Personen um rund 1 Mio (Mieterabzug, Fremdbetreuung). Die SP spricht sich klar gegen die umfassende zusätzliche Senkung der Gewinnsteuern juristischer Personen aus, welche Auswirkungen von mehreren Millionen für den Kanton hat. Die abermalige massive Steuersenkung, welche nicht den Nicht-Reichen zugute kommt, erachten wir als nicht notwendig. Die Problematik hoher Wohnungskosten hängt auch mit der Zuger Fiskalpolitik zusammen – und diese Probleme sind nach wie vor ungelöst. Unsere Grundaussage bleibt daher unverändert: Der Grossteil des Kuchens geht an Reiche; der Mittelstand erhält ein paar Brösmeli. Die SP setzt sich beim Gewinnsteuersatz demnach für den Status quo ein und will eine Senkung verhindern (§ 66 Bst. a und b.

Bei den allgemeinen Abzügen wird die SP-Fraktion betreffend der Mitgliederbeiträge und Zuwendungen an politische Parteien (Art. 30 k.) den Antrag stellen, dass unter der Best. k zusätzlich die Beiträge in der Parteienrechnung offen gelegt werden sollen. Dies soll als Beitrag an eine Transparenz der Parteienfinanzierung gesehen werden.

Betreffend Abzüge für Eigen- und Fremdbetreuung fordert die SP, dass die klarere Differenzierung bestehen bleibt, und also stärkere fiskalische Anreize für die Fremdbetreuung gegeben sind. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, fordern wir einen Abzug bei der Drittbetreuung von Fr. 10'000.- und bei der Eigenbetreuung spricht sich die Fraktion grossmehrheitlich für Fr. 6'000.- aus.

PHZ: Auflösung des Konkordates

Die SP spricht sich grundsätzlich für die Auflösung des Konkordates aus und folgt damit den Anträgen der Regierung.

Gesetzesinitiative betreffend Wiedereinführung von Noten ab der 2. Klasse und Verfassungsinitiative für das Notenobligatorium und gegen Schulexperimente ohne Noten

Noten weisen nicht mehr den gleichen Stellenwert auf. Selbst beim Übergang von der Oberstufe in die Berufswelt werden eigene Tests von der Wirtschaft durchgeführt, welche weit über Durchschnittswerte von Noten hinausgehen. Gar die Wirtschaft verlangt Aussagen zur Sozialkompetenz. Die SP unterstützt daher den Antrag der Regierung Verfassungsinitiative / Gesetzesänderung. Wir halsen der Schule eine Aufgabe auf, die keinen echten Mehrwert erzeugt und dennoch mit viel Arbeit verbunden ist.